

Buchloer Hofnarr

Fakten, Meinungen und Nachdenkliches mit subjektiver Objektivität



Ausgabe 204 – Der Buchloer Hofnarr erscheint in unregelmäßigen Abständen als reine Online-Ausgabe. Werden fremde Quellen verwandt, ist dies im jeweiligen Text angegeben. Sollten Sie einen Gastbeitrag oder einen Leserbrief veröffentlichen wollen, erklären sie sich mit der Nennung Ihres Namens und ihres Wohnorts einverstanden. Der Verantwortliche entscheidet über die Veröffentlichung. Verantwortlich: Hubert Zecherle / Buchloe 14.12.2025

CSU – Parteitag Dezember 2025

Wir setzen Prioritäten!

Wer in Deutschland zukünftig einen Schul- oder Berufsabschluss verliehen bekommt, soll laut einem Antrag der Jungen Union, mit 100 - prozentiger Zustimmung beim CSU – Parteitag, die Nationalhymne, die Europahymne und in Bayern auch die Bayernhymne hören (und noch besser mitsingen), da dies ein Symbol für demokratische Werte und Zusammenhalt sein soll und es auch nicht ausgeschlossen ist, dass dies zu einer gelungenen Integration beitragen kann.

Es trägt also zur Integration bei, wenn nicht-deutsche Abschlusschüler, welchen die Abschiebung nach der Schule oder der Berufsausbildung droht, die Nationalhymne hören / mitsingen sollen?

Die Junge Union stellt auch einen Antrag, in welchem die Abschaffung der EU-Regelung zu befestigten Plastikdeckel gefordert wird. Begründung: Diese Regelung nervt. (Dann fordere ich die Abschaffung der Jungen Union – die nervt noch viel mehr). Auch dieser Antrag wurde angenommen, da auch Ministerpräsident Söder gegen diese Regelung ist. Zitat Söder: „Jeden Tag hängt mir der Plastikdeckel im Auge, wenn ich meine Cola light trinke“

Ist der Mann zu blöde, fehlerfrei aus einer Flasche zu trinken? Sind seine Augen direkt über dem Mund angebracht? Wieso verwendet er Plastikflaschen statt Glasflaschen – aus Umweltschutzgründen? Hilft dem Mann beim Trinken oder dreht einen Sauger auf die Flasche!

Wenn diese beiden Anträge die Prioritäten der Jungen Union in Bayern sind, dann sind deren Mitglieder entweder wohlstandsverwahrlost oder leiden unter juvenilem Delirium Tremens nach zu vielen Parteisitzungen. Echte Probleme werden von dieser Partei-Combo nicht erkannt oder ignoriert (Sozialversicherung, Wohnraum, Kinderbetreuung, ...).

CSU, oder wie man erkannte Probleme verstärkt bzw. verdrängt.

Alle Regierungsparteien (CDU, SPD, CSU) haben erkannt, dass der Sozialversicherung (bes. Renten-, Pflege-, Krankenversicherung) der Renteneintritt der Boomer-Generation (geboren 1955 – 1965) große finanzielle Probleme bereitet.

Deswegen wurde bisher auch keine Reform dieses Systems auf den Weg gebracht, sondern die Einsetzung einer Kommission 2026 beschlossen – reagieren durch Nicht-Handeln!

Die CSU hat in der Bundesregierung die Mütterrente 3 durchgesetzt! Gratulation zu so viel Durchsetzungsstärke, denn es gehört schon eine große Portion Verhandlungsgeschick dazu, als Schwanz (CSU) mit dem Hund (SPD, CDU) zu wackeln. Natürlich kommt diese Rentenerhöhung ärmeren Rentnerinnen nicht zugute, denn sie wird auf die Grundsicherung angerechnet. Die Erhöhung der Mütterrente kommt also nur finanziell abgesicherten Rentnerinnen zugute – das S in CSU steht für Sozial!

Abgesehen davon kommt diese Rente in erster Linie den Boomerinnen zugute, welche durch zu wenige Kinder das demographische Problem der Sozialversicherung mitverursacht haben. Diese Mütterrente 3 verstärkt das Problem und erhöht die Kosten für nachfolgende Generationen. Problemlösungskompetenz der CSU → Note 6!

Das Rentenniveau soll beibehalten werden und die Koppelung an die Lohnentwicklung bestehen bleiben. Lohnerhöhungen geben einen Anteil des unternehmerischen Gewinns an die Mitarbeiter, welche für die Steigerung der Wertschöpfung arbeiteten, weiter. Rentner*innen steigern nicht die Wertschöpfung. Ihre Rente ist Ausdruck der im Berufsleben erarbeiteten Wertschöpfung, welche durch eine Rentensteigerung in Höhe der Inflation erhalten bliebe. Damit bliebe die Rente finanzierbarer ohne den Lebensstandard der Rentner*innen zu senken. Kaufkraftverlust ist keine Rentensenkung!

Laut Rentenversicherungsbericht 2024 (Quelle: BMAS) hatten Renternehepaare ein durchschnittliches Haushaltsbruttoeinkommen (gesetzl. Rente, Betriebs- und sonstige Renten, ...) von 4462 Euro - arm geht anders!

Da jetzt schon zu wenig Geld da ist, werden die Einnahmen durch die Aktivrente weiter gesenkt (ca. 1 Mrd. Euro), wenn Rentner steuerfrei weiterarbeiten. Die jungen zahlen bei Mehrarbeit mehr Steuern, die Alten weniger - Problemlösungskompetenz Regierung → Note 6!

Übrigen: Die Frühstartrente (für die ganz Jungen) wird verschoben, denn die würde Geld kosten, welches man für die Alten braucht.

Im Quiz bekäme diese Regierung nicht einmal eine Kopie der Publikumsfrage, da „2+2“ nicht lösbar erscheinen.

Sozialer Wohnungsbau in Bayern



Bildquelle: pixabay

Bildquelle: pixabay

Artikel 123 der Bayerischen Verfassung
Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung. Die Förderung des Baues billiger Volkswohnungen ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden.

Artikel 125 der Bayerischen Verfassung
Kinderreiche Familien haben Anspruch auf angemessene Fürsorge, insbesondere auf gesunde Wohnungen.

Die Zuständigkeit für den sozialen Wohnungsbau liegt vollständig bei den Bundesländern.

1987 gab es noch ca. 600000 Sozialwohnungen in Bayern.

Diese Zahl sank auf ca. 240000 im Jahr 2000.

Zurzeit gibt es in Bayern ca. 134000 sozial gebundene Mietwohnungen.

Bis 2030 werden weitere ca. 30000 Wohnungen in Bayern aus der Sozialbindung fallen.

In 38 Jahren CSU - Regierung ist es in Bayern gelungen, die Anzahl der Sozialwohnungen um ca. 466000 zu senken. Nicht weil sie nicht mehr benötigt würden, sondern weil das dafür vorgesehene Geld anderweitig ausgegeben wurde.

Seit 1990 erhielt Bayern ca. 12 Milliarden an Bundesmitteln zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Von 2007 bis 2019 gab es keine Kontrolle über die sachgerechte Verwendung der Mittel.

Über den gesamten Zeitraum (1990 – 2025) kann von durchschnittlichen Kosten von ca. 1700 € pro Quadratmeter Wohnfläche ausgegangen werden.

Mit den 12 Milliarden Euro wäre es also theoretisch möglich gewesen, ca. 7060000 m² Wohnfläche zu bauen. Bei einer Wohnfläche von 65 m² wären das ca. 109000 Wohnung im Vollbesitz

des Staates gewesen. Bei einer üblichen Förderquote von ca. 600 € pro Quadratmeter Wohnfläche hätten ca. 310000 im freien Markt finanzierte Sozialwohnungen entstehen können.

Hätten die bayerischen 12 Milliarden Euro als Eigenkapital für einen Kredit gedient, welcher durch 90 % der Mieteinnahmen der zu bauenden Sozialwohnungen zurückgezahlt worden wäre, dann hätte davon ein Kredit von ca. 30 Milliarden Euro finanziert werden können. Das Gesamtinvestitionsvolumen hätte dann 42 Milliarden Euro betragen können (Quelle mathematische Grundlagen Buchloer Hofnarr 162). Davon hätten ca. 380000 Sozialwohnungen gebaut werden können, deren Sozialbindung nie ausläuft. Natürlich ist dies eine theoretische Hochrechnung, welche besonders vernachlässigt, dass in den 90er/20er Jahren wegen der niedrigeren Baukosten auch wesentlich mehr Wohnungen möglich gewesen wären.

Der feste Bestand einer großen Anzahl staatlicher Sozialwohnungen wirkt auch dämpfend auf die „freien“ Mieten, da dann Normalverdiener auch die Möglichkeit des Bezugs einer Sozialwohnung hätten.

Hätten die CSU – geführten Staatsregierungen Bayerns ihre verfassungsmäßige Aufgabe erfüllt, dann wären heute dreimal so viele Sozialwohnungen möglich, ohne auf die „frei“ finanzierten Wohnungen angewiesen zu sein.

Übrigens: Das Schimpfen auf die Bundesregierung wegen fehlender Sozialwohnungen ist Wählerverarschung, denn die Bundesländer und die Gemeinden sind zuständig! Auch die Grünen und noch nicht einmal Robert Habeck können dafür verantwortlich gemacht werden.

Übrigens: Der bayerische Finanzminister Söder verkaufte 2013 ca. 33000 Sozialwohnungen aus dem Bestand des Freistaates Bayern. Dadurch erhöhten sich deren Mieten von ca. 9 € auf 13 € – 18 €/m². Aber Hauptsache nach Berlin zeigen!